



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Düsseldorf ist wieder da!

Rede von
Oberbürgermeister Thomas Geisel zur
Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2018

in der Ratssitzung am 21. September 2017



Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: Ende der Rede

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

es ist ziemlich genau drei Jahre her, dass ich zum ersten Mal vor Ihnen stand, um einen Haushaltsplanentwurf einzubringen. Damals war ich gut drei Wochen im Amt und hatte gerade einmal Gelegenheit, eine erste Bestandsaufnahme durchzuführen. Diese Bestandsaufnahme fiel ernüchternd aus. In vielen Bereichen gab es einen erheblichen Investitionsstau, der über die zurückliegenden Jahre angewachsen war.

Ganz besonders augenfällig war dies im Bereich Schulen, wo in den zurückliegenden Jahren trotz sich abzeichnender deutlich steigender Schülerzahlen praktisch nichts geschehen war. Aber auch unsere öffentlichen Bäder waren, wie es der Geschäftsführer der Bädergesellschaft so schön formulierte, vielfach „abgebadet“.

Zahlreiche Kulturbauten befanden sich in einem maroden Zustand. Um nur ein Beispiel zu nennen: Über das Dach der Sammlung unseres Museums Kunstpalast wurde bereits seit vier Jahren ein Prozess geführt, ohne dass sich abzeichnete, dass dieses Dach je geflickt werden sollte.

Selbst im Bereich der Verkehrsinfrastruktur gab es erheblichen Handlungsbedarf. Darüber können die hohen Millionenaufwendungen der letzten Jahre nicht hinwegtäuschen. Die flossen nämlich im Wesentlichen in die zwei Mega-Projekte Wehrhahn-Linie und Kö-Bogen-Tunnel.

Besonders dramatisch war die Situation im Wohnungsbau. Trotz eines erheblichen Bevölkerungswachstums und einer kräftig gestiegenen Nachfrage wurden kaum Wohnungen geplant – im Jahr 2013 beispielsweise wurde nicht ein einziger Bebauungsplan zur Rechtskraft gebracht. Dort wo gebaut wurde, fand dies nahezu ausschließlich im Hochpreissegment statt. Im Zeitraum von 2010 bis 2014 beispielsweise wurden lediglich 562 öffentlich geförderte Wohnungen neu errichtet, während gleichzeitig 5.732 Wohnungen aus der Sozialbindung herausfielen. Die Folge war ein deutlicher Mietpreisanstieg, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment.

Es bestand also ein erheblicher Handlungsdruck auf vielen Gebieten – und das vor dem Hintergrund leerer Kassen. Düsseldorf hatte jahrelang über seine Verhältnisse gelebt beziehungsweise, wie es uns die neue Regierungspräsidentin in ihrer Genehmigung des Haushaltes 2017 ins Stammbuch schreibt, „unter konjunkturell weitgehend positiven Rahmenbedingungen in erheblichem Umfang von seiner Substanz gezehrt“. In den Jahren 2010 bis 2014 war die ehemals prall gefüllte Ausgleichsrücklage von 497 Mio. Euro auf 164 Mio. Euro abgeschmolzen. Das Liquiditätspolster, das sich die Stadt durch die Veräußerung von Vermögenswerten – im Wesentlichen die Mehrheitsbeteiligung an unseren Stadtwerken und ein Teil des RWE-Aktienbesitzes – aufgebaut hatte, war zum Jahresende 2014 ebenfalls nahezu aufgebraucht.

Viel zu tun also – und wir haben viel getan! Heute können wir sagen: Düsseldorf ist wieder da! Düsseldorf hat – um eine Begrifflichkeit aus der Wirtschaft zu verwenden – den Turnaround geschafft.

Wir bringen, ohne diesen Beschluss vorwegnehmen zu wollen, heute das fünfte Paket mit Schulorganisatorischen Maßnahmen auf den Weg. Damit werden wir bis zum Jahr 2023 insgesamt 36 zusätzliche Züge im Grundschulbereich und ebenso viele Züge im Bereich der weiterführenden Schulen mit den hierfür erforderlichen Klassen-, Fach- und Aufenthaltsräumen schaffen. Insgesamt werden wir in diesem Zeitraum rund 700 Mio. Euro in Schulen investieren. Gut investiertes Geld, finde ich, denn gut ausgebildete junge Menschen sind der wichtigste Rohstoff für zukünftigen Wohlstand.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Fraktionen zu danken, die diese für die Zukunft unserer Stadt so wichtigen Maßnahmen mit auf den Weg gebracht haben. Ich gehe davon aus, dass wir uns nach den anfänglichen Irrungen und Wirrungen auch über deren Finanzierung verständigen werden.

Besonders glücklich bin ich darüber, dass, wie geplant, mit dem Beginn des Schuljahres 2018 / 2019 die neue Albrecht-Dürer-Schule in Benrath den Schulbetrieb aufnehmen wird. Damit wird ein wenig rühmliches Kapitel, das sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckt hat, einem glücklichen Ende zugeführt. Ende gut, alles gut!

Wir sanieren, modernisieren und bauen Schulen überall in Düsseldorf, in allen Stadtteilen. Selbstverständlich lassen wir auch nicht nach, das Betreuungsangebot im Kitabereich, aber auch im Bereich des offenen und gebundenen Ganztags weiter auszubauen. So bleibt Düsseldorf kinderfreundlich, so bleibt Düsseldorf für Familien attraktiv und so sichern wir die Zukunft unserer Stadt!

Auch mit dem Neubau beziehungsweise der Modernisierung der öffentlichen Bäder in Düsseldorf kommen wir gut voran. Für das Bad im Stadtbezirk 4 und für das Allwetterbad Flingern sind die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse gefasst. Beide Bäder werden voraussichtlich zum Jahreswechsel 2019 / 2020 ihren Betrieb aufnehmen. Für das Kombi-Bad in Benrath haben wir in der letzten Sitzung vor der Sommerpause den Bedarfsbeschluss gefasst, und auch die Planungen für einen Neubau des in die Jahre gekommenen Bades in Unterrath sind im Gange.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Thema Wohnungsbau haben wir ebenfalls den Hebel umgelegt – mit deutlich spürbarem Erfolg. Das Ziel, in jedem Jahr 3.000 Wohnungen fertig zu stellen, verfolgen wir konsequent. Konsequent bedeutet, dass die Pipeline immer gefüllt bleibt, dass wir also fortlaufend sowohl Flächen für den Wohnungsbau identifi-

zieren, Planungsrecht hierfür schaffen und anschließend die Baugenehmigungen erteilen. So wie es aussieht, werden wir das Ziel bis zum Jahr 2020 sogar leicht übertreffen, was auch notwendig ist, da das Bevölkerungswachstum gegenwärtig höher als bislang prognostiziert ausfällt.

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen aus dem Planungsdezernat und der Planungsdezernentin ausdrücklich für diesen großartigen Einsatz danken.

Insbesondere bei öffentlich geförderten Wohnungsbauprojekten drücken wir aufs Tempo. Ich kann mich noch gut erinnern, wie groß die Zweifel waren, ob wir das vom Land bereitgestellte Global-Budget in Höhe von 40 Mio. Euro überhaupt auch nur ansatzweise ausschöpfen könnten. Immerhin wurden in der Vergangenheit ja praktisch keine Gelder hierfür abgerufen. Am Ende werden es in 2017 70,35 Mio. Euro sein und für 2018 liegen schon Vormerkungen für 73 Mio. Euro vor. Ich bin der neuen Bauministerin sehr dankbar, dass sie uns auf diesem Kurs – wie schon ihr Vorgänger – unterstützen will.

Gebaut wird in allen Stadtteilen, in Oberkassel und in Rath, in Lierenfeld und in Benrath, in Hamm ebenso wie in Pempelfort. Und selbstverständlich setzen wir überall das Handlungskonzept Wohnen konsequent um.

Natürlich ist mir bewusst, dass manches Wohnungsbauprojekt umstritten ist. Ich nehme auch aufmerksam wahr, dass es nicht Wenige gibt, die der Auffassung sind, dass Düsseldorf die Grenzen des Wachstums erreicht hat und man von daher mit weiterem Wohnungsbau zurückhaltend sein sollte. Ich kenne durchaus die Einwände, der dörfliche Charakter des einen oder anderen Stadtteils müsse erhalten bleiben, der Charakter einer Einfamilienhaus-Siedlung dürfe nicht beeinträchtigt werden und jede Grünfläche in der Stadt, selbst wenn sie keine Frischluftschneise ist, müsse vor einer Bebauung geschützt werden.

Diesen Wachstumsskeptikern möchte ich zu bedenken geben, dass es eben nicht richtig ist zu glauben, dass wenn wir nicht bauen, sich auch ansonsten nichts ändern wird. Düsseldorf ist eine hoch attraktive, wirtschaftlich erfolgreiche Stadt mit immer mehr Arbeitsplätzen. Deshalb wollen immer mehr Menschen hier leben. Wenn wir dieser steigenden Nachfrage nach Wohnraum in Düsseldorf kein adäquates Angebot entgegensetzen, werden die Mieten und Preise weiter steigen mit der Folge, dass sich nur noch die Betuchten ein Leben in unserer Stadt leisten können und Normalverdienende an die Peripherie verwiesen werden. Das will ich nicht und das kann auch niemand wollen, dem die lebendige Vielfalt dieser Stadt am Herzen liegt.

Hinzu kommt, dass sich lebendige Nebenzentren in unseren Stadtteilen nur dann erhalten und entwickeln können, wenn sie durch ein Bevölkerungswachstum und die dadurch generierte zusätzliche Kaufkraft gestützt werden. Ich möchte nicht, dass der stationäre Einzelhandel immer mehr vom Internethandel verdrängt wird und unsere Stadtteilzentren immer mehr ihre Vitalität verlieren.

Düsseldorf ist eine Metropole und kein Museum. Wir leben von der Veränderung und dem Zuzug neuer Ideen und neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger, und wir heißen sie willkommen!

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch zwei Themen ansprechen:

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass immer mehr Wohnungen, die einmal öffentlich gefördert wurden, aus der Sozialbindung fallen. Hier ist vielfach zu beobachten, dass diese Wohnungen anschließend aufwändig saniert werden mit der Folge, dass die damit verbundenen erheblichen Mietsteigerungen diese Wohnungen für ihre bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner praktisch unbezahlbar machen.

Besonders besorgniserregend ist diese Entwicklung beispielsweise in Hassels-Nord. Hier hat ein Investor, ein Immobilienfonds aus Luxemburg, die Wohnungen aufwändig saniert, obwohl er wusste – oder, wenn er sich darum gekümmert hätte, hätte wissen müssen –, dass ein erheblicher Teil der Mieten vom Jobcenter bezahlt wird und die erhöhte Sanierungsmiete nach den geltenden Regeln nicht mehr als Kosten der Unterbringung erstattungsfähig sein würde.

Wer so handelt, legt es entweder ganz gezielt darauf an, seine gegenwärtigen Mieter rauszuekeln oder spekuliert darauf, dass die öffentliche Hand letztlich auch eine deutlich über den Grenzwerten liegende Miete erstattet, da ansonsten angesichts des völlig überlasteten Wohnungsmarktes in Düsseldorf Obdachlosigkeit in erheblichem Umfang drohen würde. So etwas ist unmoralisch!

Rechtlich gesehen hat die LEG auf eigene Gefahr gehandelt und deshalb erwarte ich von ihr – als Eigentümerin und immerhin ehemaliges Landesunternehmen –, dass wir uns für die Mieter, die als Transferleistungsbezieher von diesen über-
teuerten Sanierungen betroffen sind, auf eine signifikante Preissenkung verständigen.

Ein zweites Thema, das zu einem weiteren Drehen an der Mietpreisspirale führt, ist die Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung über die einschlägigen Internetplattformen. Das mag akzeptabel sein, wenn eine Wohnung in der Urlaubszeit frei steht und Besuchern unserer Stadt kommerziell angeboten wird – sofern die entsprechenden Erträge ordnungsgemäß versteuert werden. Allerdings sollte man schon fragen, weshalb für private, über eine kommerzielle Plattform vermietete Ferienwohnungen andere Sicherheitsstandards etc. gelten sollten als für einen normalen Beherbergungsbetrieb.

Die Grenze ist da erreicht, wo Wohnungen gebaut werden, die von Anfang an gar nicht dazu bestimmt sind, als dauerhafter Wohnraum zu dienen. Dass man insbesondere in den attraktiven Innenstadtlagen mit einer Ferienwohnungsvermietung mehr verdienen kann als mit der dauerhaften Vermietung an eine Familie, liegt nahe, ebenso wie die Befürchtung, dass derartige Geschäftsmodelle zu weiteren Mietsteigerungen führen werden.

Ich habe mich deshalb in der vergangenen Woche mit Vertretern des Hotelgewerbes, von Haus und Grund sowie vom Mieterbund getroffen, um zu besprechen, wie auf diese Entwicklung angemessen zu reagieren ist. Sinnvoll erscheint mir dabei ein Vorschlag, der wohl in Griechenland heute bereits praktiziert wird. Dort muss jeder, der Wohnungen oder Zimmer über eine derartige Plattform anbietet, seine Steuernummer mit angeben.

Ein derartiges Verfahren, verbunden mit einer Meldepflicht hinsichtlich der auf die einzelnen Steuernummern entfallenden Umsätze hätte gleich drei Vorteile: Zum einen müssten derartige Umsätze versteuert werden, zum anderen ließe sich ermitteln, welche Wohnungen ganz oder überwiegend als Ferienwohnungen genutzt werden. Und drittens könnte auf dieser Grundlage dann auch eingeschritten werden, wenn bestimmte bauliche Anforderungen, die für das Beherbergungsgewerbe gelten, nicht eingehalten werden. Auch eine Zweckentfremdungssatzung ließe sich unter dieser Voraussetzung mit vertretbarem Aufwand gezielt einsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im Bereich der Entwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur kommen wir gut voran. Mit der Fahrplanumstellung der Rheinbahn zu Beginn des kommenden Jahres soll die Straßenbahnlinie 701 wie geplant ihren Betrieb zum ISS-Dome aufnehmen.

Ein wichtiger Baustein unserer Verkehrspolitik ist der konsequente Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Mit dem barrierefreien Ausbau der Stadtbahn-Haltestellen, mit der Taktverdichtung in den Abendstunden und an den Wochenenden, mit der Einrichtung von Metrobus-Linien und mit der beschleunigten Umstellung der Busflotte auf emissionsarme und emissionsfreie Antriebe ist die Rheinbahn auf dem richtigen Weg. Manchmal wünschte ich mir aber, dass von der Rheinbahn noch mehr Impulse – auch unbequeme – an die Politik gerichtet werden, etwa wo der Busverkehr durch die Einrichtung von Busspuren beschleunigt oder Zeitfresser für den Straßenbahnverkehr wie Linksabbiegerspuren und Parkmöglichkeiten beseitigt werden könnten.

Den Ausbau der Fahrradinfrastruktur treiben wir ebenso mit Nachdruck voran. Wir lassen uns hierbei auch von Städten inspirieren, die bereits weiter sind als wir. Insbesondere freue ich mich, dass wir – beginnend mit einem Workshop im kommenden Februar – eng mit den Verkehrsplanern aus Kopenhagen zusammenarbeiten werden, die bekanntlich die dänische Hauptstadt zu einer attraktiven Fahrradstadt entwickelt haben. Bei unserem Besuch dort haben wir auch gelernt, dass „fahrradfreundlich“ nicht nur den Ausbau von Radwegen bedeutet, sondern es auch die viele kleinen Dinge sind, die Radfahrern das Leben erleichtern, wie z.B. Haltegriffe an Ampelmasten oder überdachte Abstellmöglichkeiten.

Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur fügt sich in das Konzept unserer smart-mobility-Initiative ein. Dort arbeiten Stadtverwaltung, Rheinbahn, Stadtwerke und eine Reihe weiterer Mobilitätsanbieter gemeinsam daran, ein niedrigschwelliges Angebot zu entwickeln, das es ermöglicht, auf der Grundlage einer App-basierten einheitlichen Zahlungsfunktion sämtliche Verkehrsmittel – insbesondere der sogenannten share economy – miteinander zu verbinden. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die CDU-Fraktion dieses Konzept mittlerweile offenbar auch verstanden hat. Ihr Antrag unter Tagesordnungspunkt 41 i) ist daher schlicht überflüssig.

Lassen Sie mich bei der Gelegenheit noch ein Wort zur share economy sagen. Grundsätzlich halte ich diese Entwicklung, also etwa Car-Sharing, Leihfahrräder und Leihroller, für wünschenswert und daher für unterstützenswert. Wir müssen nur aufpassen, dass bei derartigen Geschäftsmodellen nicht Profite privatisiert und Kosten sozialisiert werden. Dies betrifft insbesondere die Infrastruktur für das Abstellen der entsprechenden Fahrzeuge.

Wer geschäftsmäßig eine hohe Anzahl von Leihfahrrädern in den Verkehr bringt, befindet sich nach meiner Überzeugung nicht mehr innerhalb der Grenzen des Gemeingebrauchs und sollte daher dafür verantwortlich sein, dass die Fahrräder geordnet an speziell von diesem Anbieter eingerichteten und unterhaltenen Stellen im Straßenraum abgestellt werden. Ich möchte nicht, dass am Ende dieser Entwicklung der gesamte Hofgarten mit wild geparkten Leihfahrrädern zugestellt ist und die Kosten für ordentliche Fahrradabstellanlagen allein von der öffentlichen Hand zu tragen sind.

Die Rechtslage, wie mit dieser Entwicklung umzugehen ist, ist gegenwärtig ungeklärt. Ich habe daher den Rechtsdezernenten gebeten, ggfs. auch über den Deutschen Städtetag, hier zu einer Regelung zu gelangen, die die Kosten nicht einseitig auf die Kommunen verlagert.

Zwei für die wachsende Metropole Düsseldorf zentrale Verkehrsprojekte des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs sind die U 81 und der RRX. Beide Projekte sind komplex und müssen sorgfältig geplant werden, wobei insbesondere die Belange des Lärmschutzes, aber auch beispielsweise des Baumschutzes und städtebauliche Gesichtspunkte sorgfältig in die Abwägungen einzubeziehen sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings darum bitten, nicht zuzulassen, dass in den einschlägigen Diskussionen diese Projekte, die sich bislang einer breiten Unterstützung hier im Rat erfreuen, insgesamt in Frage gestellt werden. Ebenso wenig sollten unrealistische Erwartungshaltungen für kaum finanzierbare „Luxuslösungen“ genährt werden, auch wenn dies in Wahlkampfzeiten vielleicht opportun erscheinen mag. Ich denke, man sollte schon davon ausgehen dürfen, dass die Abgeordneten, die hier vor Ort teure Forderungen unterstützen, sich zurück in Berlin dann auch nach besten Kräften für deren Finanzierung einsetzen. Leider scheint da auf dem Weg zwischen Düsseldorf und Berlin manches auf der Strecke zu bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

da ja der Dieselgipfel auch ein Thema einer Anfrage heute im Rat war, möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier auch noch ein paar Worte zu dem Thema zu sagen. Ich bin, wie Sie wissen, ein entschiedener Gegner von Dieselfahrverboten. Dies zum einen deshalb, weil ich überhaupt kein Verständnis dafür hätte, wenn ein Handwerksmeister, der gutgläubig einen vermeintlich sauberen Diesel gekauft hat, nunmehr die Zeche für eine verfehlte Regulierungspolitik des Bundesverkehrsministers und den Betrug der Automobilindustrie zahlen müsste. Zum anderen fände ich es vor allem aber unerträglich, wenn nunmehr die Kommunen zur Lösung eines Problems herangezogen würden, das Andere verursacht haben.

Sie werden verstehen, dass mein Vertrauen in die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes begrenzt ist – nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle an die Richter appellieren, zu prüfen, ob hier – wenn man das Verursacherprinzip ernst nimmt – nicht ein ganz anderer hätte verklagt werden müssen.

Ein wesentlicher Pfeiler der Verkehrsinfrastruktur in unserer Stadt ist der Flughafen. Dieser sorgt gegenwärtig für Schlagzeilen, die wir uns alle nicht wünschen und den Flughafen und damit ein Stück weit auch ganz Düsseldorf in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Wir alle wissen, dass der Flughafen für das Chaos bei den Sicherheitskontrollen nicht verantwortlich ist, da diese in die Verantwortung der Bundespolizei fallen. Ich bin erleichtert, dass die Bundespolizei mittlerweile die Reißleine gezogen hat und nunmehr im Wege der Ersatzvornahme für das heillos überforderte Sicherheitsunternehmen in Düsseldorf zusätzliches Sicherheitspersonal an unserem Flughafen einsetzt.

Gleichwohl werden wir das Thema in den Gremien des Flughafens sehr intensiv diskutieren. Wir müssen erreichen, dass dem Flughafen die Verantwortung für die Sicherheitskontrollen des Handgepäcks übertragen wird. Dann kann der Flughafen den Sicherheitsdienstleister beauftragen und die Prozesse steuern. Nur so ist er auch tatsächlich für das verantwortlich, für das er jetzt zu Unrecht verantwortlich gemacht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im Bereich unserer Kulturbauten ist uns mittlerweile der Turnaround gelungen. Das undichte Dach unseres Museums Kunstpalast wird repariert. Ich freue mich, dass dem neuen Generalintendanten des Museums, Felix Krämer, damit demnächst wieder das gesamte Museum zur Verfügung steht. Noch mehr freuen werde ich mich, wenn dies nur der Auftakt für weitere Initiativen ist, auch städtebaulich mehr aus diesem Areal zu machen. Wer beim historischen Kraftwerk-Konzert am Abend des Grand Départ war, hat gesehen, dass dieser einzig-

artige Ort im Herzen unserer Stadt durchaus origineller bespielt werden kann als dies gegenwärtig geschieht.

In diesem Zusammenhang sollte meines Erachtens nach auch noch einmal darüber nachgedacht werden, wie wir die Verbindung zwischen Ehrenhof, Kunstakademie und Grabbeplatz mit der Kunsthalle und der Kunstsammlung, allesamt Leuchttürme der Kunstmetropole Düsseldorf, städtebaulich sinnfälliger gestalten können.

Mit der Entscheidung zur Verlegung der Stadtbibliothek vom Bertha-von-Suttner-Platz in das Gebäude Konrad-Adenauer-Platz 1 ist uns nach meiner Überzeugung ein sowohl kulturpolitisch wie städtebaulich großer Wurf gelungen. Mit der gewünschten und gebotenen Vergrößerung und Modernisierung unserer Zentralbibliothek schaffen wir nicht nur ein neues Kultur- und Verwaltungszentrum. Es fügt sich auch wunderbar ein in die umfängliche Neugestaltung des Quartiers rund um den Hauptbahnhof.

Über die Notwendigkeit, den Hauptbahnhof attraktiver zu gestalten, wird schon seit über zehn Jahren diskutiert. Nunmehr nimmt es endlich konkrete Formen an. Das große Interesse, auf das die öffentlichen Foren, die vom Planungsdezernat in diesem Zusammenhang angeboten wurden, gestoßen sind, zeigt, wie groß der städtebauliche Handlungsbedarf an dieser Stelle ist.

Ich bin überzeugt, in gut fünf Jahren, wenn der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet, die Zentralbibliothek realisiert, das Hochhausvorhaben der Deutsche Bahn fertiggestellt, das Grand Central als lebendiges großstädtisches Wohngebiet bezogen und auch der Bertha-von-Suttner-Platz neu gestaltet ist, wird das Gebiet rund um den Hauptbahnhof zu einer attraktiven Visitenkarte unserer Stadt geworden sein.

So lange müssen wir nicht auf die Neugestaltung des Gustaf- Gründgens-Platzes warten, ein weiterer städtebaulicher Hingucker mit den drei Architektur-Ikonen Dreischeidenhaus, Schauspielhaus und Ingenhoven-Tal. Ich möchte an dieser Stelle dem Intendanten des Schauspielhauses, Wilfried Schulz, ausdrücklich danken, dass er nicht nur für die Sanierung des Schauspielhauses erhebliches bürgerschaftliches Engagement mobilisiert, sondern diese mit vorbildlichem Einsatz und viel Leidenschaft zu seiner Sache gemacht hat. Vor diesem Hintergrund bin ich zuversichtlich, dass der ehrgeizige Zeitplan eingehalten werden kann. Ich freue mich mit Ihnen auf den Tag, wenn dieser Platz und das Schauspielhaus zu seinem 50. Geburtstag in neuem Glanz erstrahlen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch bei der Außenwahrnehmung unserer Stadt ist es uns in den letzten drei Jahren gelungen, einen Wandel herbei zu führen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, das Klischee der Schickimicki- und

Bling-Bling-Metropole hinter uns zu lassen und als das wahrgenommen werden, was wir sind – nämlich eine ebenso erfolgreiche wie sympathische und weltoffene Metropole.

Dazu beigetragen hat nach meiner Wahrnehmung ganz maßgeblich die Art, wie diese Stadt auf unvorhersehbare Krisen reagiert hat, wie etwa auf die schweren Verwüstungen infolge des Orkans Ela oder auf die Herausforderung, vor die uns die Tausende von Geflüchteten gestellt haben, die in Düsseldorf Zuflucht gefunden haben. So viel Bürgersinn, so viel bürgerschaftliches Engagement, so viel Ideenreichtum und Kreativität für eine gute Sache, dürfte beispiellos sein und wurde durchaus auch jenseits der Grenzen unserer Stadt wahrgenommen. All denen, die sich hier engagiert haben, gilt mein herzlicher Dank – Sie haben wahrlich Ehre eingelegt für unsere Stadt.

Natürlich haben auch die sportlichen Großereignisse dieses Jahres, die Tischtennis-WM und insbesondere der Grand Départ der Tour de France, ganz maßgeblich zu einem sehr positiven Bild unserer Stadt beigetragen, das weltweit Beachtung gefunden hat.

Dass wir sportliche Großereignisse professionell ausrichten können, das hat wohl die wenigsten überrascht. Aber die Heiterkeit und Leichtigkeit, mit der wir dieses Ereignis gefeiert haben, die Begeisterung am Straßenrand und die Tatsache, dass wir aus einem Regentag ein Sommermärchen gemacht haben – all dies dürfte manch einen veranlasst haben, unsere Stadt in einem neuen, sehr positiven und sympathischen Licht zu sehen.

Ich bin sicher, dieser Eindruck hat auch dazu beigetragen, dass wir uns so souverän und ungefährdet als beste Stadt im Westen als Standort für die DFB-Bewerbung um die Fußballeuropameisterschaft 2024 qualifiziert haben.

Wer seine Sensoren nicht nur auf Sendung, sondern auch einmal auf Empfang hat, wird gewiss auch mitbekommen haben, welchen positiven Einfluss die Tour de France auf die Rolle Düsseldorfs innerhalb der gesamten Region und im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn, insbesondere natürlich zu Frankreich, ausgeübt hat.

Der persönliche Gruß des neuen französischen Präsidenten anlässlich des Grand Départ hat dies, finde ich, ganz besonders schön zum Ausdruck gebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Stadt ist attraktiv, international angesehen und sympathisch. Sie muss allerdings auch ein bisschen mehr auf sich selbst achten. Ich spreche das Thema der Pflege und Sauberkeit des öffentlichen Raums in unserer Stadt an. Wie viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ärgere ich mich regelmäßig,

wenn öffentliche Wege zugewachsen sind, Straßen und Plätze einen ungepflegten Eindruck machen und insbesondere die Standorte für Altpapier- und Altglascontainer völlig zugemüllt sind. Hier muss gehandelt werden.

Rund 30 der oberirdischen Container-Standorte sind besonders problematisch im Hinblick auf wilden Müll, während unterirdische Container-Standorte so gut wie nie betroffen sind. Daher sollten wir diese besonders betroffenen Standorte umbauen. Da dies unter Umständen im Einzelfall sehr teuer werden kann, müssen wir diese Maßnahme über mehrere Jahre strecken. Ich werde dem Rat zeitnah einen Vorschlag für ein entsprechendes Programm vorlegen.

Auch eine verbesserte Mängelmelder-App kann helfen, wilde Müllansammlungen schnell zu beseitigen. Diese könnten die Bürgerinnen und Bürger ohne viele Umwege mittels ihres Handys sofort an eine Task Force melden. Ich kann mir auch vorstellen, dass wir solche Meldungen und deren zeitnahe Erledigung auf der Website der Stadt zeigen.

Was die sogenannte Spontanvegetation betrifft, sollten wir im Frühjahr mit einer breit angelegten „Grundreinigung“ beginnen und dann die Bekämpfung als Daueraufgabe der AWISTA ggfs. im Rahmen der Straßenreinigung übertragen.

Lassen Sie uns das Thema Stadtsauberkeit entschlossen angehen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine saubere und gepflegte Stadt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich, bevor die Kämmerin den Haushaltsplan 2018 im Einzelnen vorstellen wird, noch etwas zur Haushalts- und Finanzlage der Stadt sagen. Auch hier ist uns der Turnaround gelungen. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass zu Beginn meiner Amtszeit die Ausgleichsrücklage weitgehend aufgebraucht und die Liquiditätsreserve der Stadt nahezu erschöpft war. Durch den sogenannten Kanaldeal, also die einheitliche Bilanzierung der Vermögenswerte des Stadtentwässerungsbetriebes beim Betrieb gewerblicher Art, ist es uns gelungen, Liquidität in erheblichem Umfang zu schaffen und gleichzeitig die Ausgleichsrücklage wieder um einen dreistelligen Millionenbetrag aufzustocken.

Mir ist durchaus bewusst, dass manch einer hierin in erster Linie ein In-sich-Geschäft der Verwaltung sieht, da es keine Auswirkung auf die – gewissermaßen – konsolidierte Finanzlage hat. Für derlei Kritik habe ich allerdings wenig Verständnis, zumal, wenn sie von denen kommt, denen die Schuldenfreiheit unserer Stadt angeblich so sehr am Herzen liegt. Denn gerade diejenigen, die noch vor gut drei Jahren unsere Hauptsatzung dahingehend geändert haben, dass die Aufnahme von Bankkrediten zur Finanzierung von Investitionen unzulässig sein soll, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die – immer schon erheblichen – Bankverbindlichkeiten des Stadtentwässerungsbetriebes hierbei natürlich nicht be-

rücksichtigt werden dürfen. Die durch die Übertragung der Altanlagen aufzunehmenden zusätzlichen Kredite kann der Stadtentwässerungsbetrieb aber ohne Weiteres schultern, zumal er am Triple-A-Rating unserer Stadt partizipiert.

Und auf die Frage, ob der Kanaldeal nun ein guter oder ein schlechter sei, kann ich nur antworten: er ist weder gut, noch schlecht; er ist ausgewogen und fair, was sich allein daraus ablesen lässt, dass die Höhe der Abwassergebühren hierdurch nicht beeinflusst wird. Insofern möchte ich der Kämmerin und dem mit dieser Aufgabe betrauten Team noch einmal ausdrücklich für die ausgesprochen professionelle Abwicklung dieser Transaktion danken. Diesen Dank möchte ich gleichzeitig ausweiten auf alle, die bei der Erstellung dieses Haushaltsplans mitgewirkt haben, nicht nur in der Kämmerei sondern auch in den Fachbereichen. Ich weiß, welche Arbeit in diesem Werk steckt.

Danken möchte ich aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die durch ihren täglichen Einsatz dazu beitragen, dass unsere Stadtverwaltung ein effizientes und bürgerfreundliches Unternehmen bleibt. Danken möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungskonferenz, für die gute und offene Zusammenarbeit. Dass man nicht in allen Dingen immer einer Meinung ist, gehört zur Diskussionskultur. Wichtig ist, dass man am Ende zu einer gemeinsamen Linie findet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass uns die Regierungspräsidentin ins Stammbuch geschrieben hat, dass die aus der Transaktion des Kanalvermögens generierte Liquidität ausschließlich für investive Zwecke zu verwenden ist, halte ich für richtig. Der Hinweis wäre aber noch nicht einmal nötig gewesen, da die Verwaltung im Einklang mit dem Rat immer deutlich gemacht hat, dass Erlöse aus der Veräußerung von Vermögenswerten ausschließlich in die Schaffung neuer Vermögenswerte fließen dürfen.

Unabhängig davon bleibt die Aufstellung eines strukturell ausgeglichenen Haushaltes eine erhebliche Herausforderung. Immerhin sind wir auch hier auf einem guten Wege. Mit dem Projekt Verwaltung 2020, das mittlerweile in der Umsetzungsphase ist, haben wir einen erheblichen Schritt zur Effizienz- und Produktivitätssteigerung der Verwaltung getan. Und wir werden auch weiterhin sorgfältig auf den Prüfstand stellen, welche Aufgaben und Dienstleistungen – insbesondere solche, die mit höheren Aufwendungen als Erträgen verbunden sind – tatsächlich von der Kommune erbracht werden müssen. Selbstverständlich werden wir auch Art und Umfang kommunaler Dienstleistungen weiter hinterfragen. Einen luxuriösen Düsseldorfer Standard werden wir uns auf Dauer nicht leisten können.

Dabei müssen wir uns immer wieder fragen, ob städtische Dienstleistungen und Angebote, die wir aus Steuergeldern finanzieren oder subventionieren, tatsächlich denjenigen zu Gute kommen, die wir erreichen wollen. Ich halte es für grund-

sätzlich richtig und wünschenswert, wenn wir beispielsweise jungen Akademie-Absolventen preiswerte Ateliers – insbesondere im Rahmen sogenannter Zwischennutzungen – überlassen und ihnen damit den Übergang in die künstlerische Selbstständigkeit erleichtern. Ob freilich die dauerhafte unentgeltliche Überlassung städtischer Grundstücke an mittlerweile arrivierte Künstler eine kommunale Aufgabe ist, darf man zu Recht bezweifeln.

Ich war zugegebenermaßen auch überrascht über eine Kundenbefragung unserer städtischen Volkshochschule. Danach wird dieses Angebot überwiegend von Hochschulabsolventen der mittleren und gehobenen Altersgruppe wahrgenommen und dient wohl eher der Selbstverwirklichung als der Aus- und Weiterbildung. Ich bin nicht sicher, ob hierfür die signifikanten Zuschüsse – bei gleichzeitig sehr niedrigen Vergütungen für die Dozenten! – gerechtfertigt sind.

Auch halte ich die Frage für durchaus legitim, ob unser Angebot beitragsfreier Kitas nicht viel stärker von denjenigen in Anspruch genommen werden sollte, für die es tatsächlich eine Voraussetzung für Chancengleichheit darstellt – also für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sogenannten bildungsfernen Milieus. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch über sozial gestaffelte Gebühren etwa für unsere städtische Musikschule diskutieren.

Gerade dort, wo wir kommunale Angebote mit Steuergeldern subventionieren, sollten wir sorgfältig darauf achten, dass hierdurch tatsächlich die Teilhabe und der Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft gestärkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir legen Ihnen heute einen Haushaltsplan für das Jahr 2018 vor, der einen Fehlbetrag von etwa 31 Mio. Euro ausweist. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Fehlbetrag insofern nicht strukturell ist, als der entsprechende Betrag der Finanzierung einer Rückstellungsposition für zukünftige Pensionen dient, die bislang nicht bilanziert wurde und daher gegenwärtig aufgebaut wird. Sobald die entsprechende Rücklage vollständig aufgefüllt ist, wird nur noch die jährliche Erhöhung als Niederschlag im Ergebnisplan des Haushalts zu finden sein.

Allerdings sind in diesem Haushaltsplan Aufwandskürzungen beziehungsweise Ertragssteigerungen in einer Größenordnung von rund 90 Mio. Euro bislang nicht durch konkrete Maßnahmen unterlegt. Ein Teil dieses Betrages kann, so hoffe ich, durch erhöhte Zuwendungen des Landes ausgeglichen werden. Ich denke dabei insbesondere an die zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte spitze Abrechnung der Kosten für Geflüchtete, die zu einer höheren Kostenerstattung für die Landeshauptstadt Düsseldorf führen würde.

Darüber hinaus bin ich zuversichtlich, dass bei der Verteilung des 5- Milliarden-Investitionspaketes des Bundes nicht allein die Bedürftigkeit der Empfänger-

kommune, sondern der reale Investitionsbedarf vor Ort Berücksichtigung findet. Es geht nicht an, dass derartige Investitionshilfen an Wachstumsmetropolen wie Düsseldorf vorbeigehen.

Allein auf das Prinzip Hoffnung wollen wir uns aber nicht verlassen. Die Verwaltungskonferenz wird daher Vorschläge für Aufwandsreduzierungen und Ertragssteigerungen unterbreiten, wobei wir darauf achten werden, dass diese nach Möglichkeit auch struktureller Natur sind und über alle Ressorts einigermaßen gleichmäßig verteilt werden. Diese Vorschläge wollen wir dann zunächst der Haushaltszukunftscommission vorstellen und dort diskutieren, wobei ich darauf vertraue, dass auch von dort weitere Impulse für eine langfristige strukturelle Sanierung des Haushalts kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Montag dieser Woche wurde im Jan-Wellem-Saal das Buch eines ehemaligen Mitarbeiters des Planungsdezernates mit dem Titel „Düsseldorf im Wandel“ vorgestellt. Wohl nichts zeichnet diese Stadt so aus wie die Tatsache, dass sie sich im Prinzip seit Beginn der industriellen Revolution immer erfolgreich, lebendig und hungrig den Herausforderungen der jeweiligen Zeit gestellt hat, und dass sie dabei immer liebenswürdig und sympathisch geblieben ist. Diesen Wandel zu ermöglichen, zu begleiten und im Interesse der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer zu gestalten, ist unsere Aufgabe.

Ich bin überzeugt, Düsseldorf bringt alle Voraussetzungen mit, um die Chancen des Wandels zu nutzen und alle Menschen, die heute oder zukünftig in dieser wunderschönen Stadt leben, dabei mitzunehmen.
Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.